DIE LINKE. Sachsen
2. Tagung des 15. Landesparteitages

C. Sachantrag an die 2. Tagung des 15. Landesparteitages

ÄC.9. Ersetzungsantrag zu den Anträgen C.2., C.3., C.4., C.5., C.6., C.7. und ÄA.1.6. (unter Verwendung von Vorschlägen aus A.1.)

Einreicher*innen: Stefan Hartmann, Susanne Schaper, Janina Pfau, Thomas Dudzak, Kathrin Kagelmann, Alexander Weiß

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der folgende Antrag ersetzt die Anträge C.2., C.3., C.4., C.5., C.6., C.7. und ÄA.1.6.

Vorbemerkung (und Begründung)

*Seit der Wahlniederlage am 1. September wurde auf mehreren Regionalkonferenzen, in Ortsverbänden und Zusammenschlüssen nicht nur über deren Ursachen diskutiert, sondern ebenso wurden zahlreiche Ideen und Vorschläge für die weitere Arbeit unterbreitet. Viele davon liegen den Delegierten des Parteitags in der Form von Änderungsanträgen und Sachanträgen vor. Wir haben uns in diesem Änderungsantrag weitest gehend an die vorgelegten Formulierungen gehalten, haben geordnet und zusammengefasst, wo es sinnvoll erscheint. Dabei haben wir an den entsprechenden Stellen auch mehrere Anträge mit gleichem oder überlappendem Inhalt aufgeführt, da dies für die Arbeit nicht hinderlich, für die Antragsteller*innen jedoch ggf. wichtig ist.*

*Mit dem hier vorliegenden Antrag schlagen wir vor, all diese Ideen zum Handlungsrahmen der vor uns liegenden Zeit zu machen. Die Erneuerung der Partei fängt mit dem Landesparteitag erst an. Daher können diese Grundlagen für einen Handlungsrahmen im gemeinsamen Prozess des Landesverbandes erweitert und präzisiert werden, Terminfindungen müssen aufeinander und auf die Bedürfnisse unserer politischen Partner*innen hin abgestimmt werden.*

*Wir müssen im Umgang miteinander, entstandenen Erwartungshaltungen bzw. angenommenen Selbstverständlichkeiten auch hier neue Wege gehen und an unserem solidarischen Miteinander konkret arbeiten. Nicht der Landesvorstand allein kann und wird all die vor uns liegenden Aufgaben bewältigen. Sondern alle Antragsteller*innen sind nicht nur eingeladen, sondern aufgefordert, an ihren Ideen aktiv mitzuwirken. Hier kann auch gern Eigeninitiative von Antragsteller*innen und Landesweiten Zusammenschlüssen in der Form gezeigt werden, dass sich konzeptionell zur Umsetzung Gedanken gemacht werden und die Idee, des jeweiligen Beschlusses konkretisiert wird.*

*Ein gefasster Beschluss zeigt noch keine Wirkung, sondern die Umsetzung von Ideen. Wenn wir uns als Mitgliederpartei verstehen, kann es keine Beschlussfassung als Direktive an ein Gremium geben, vielmehr müssen alle Akteur*innen am Gelingen mitwirken. In diesem Sinne wird sich der Landesvorstand mit den Antragsteller*innen treffen, um die Erwartungshaltung an die Beschlüsse zu beraten und gemeinschaftlich über die Umsetzung des Beschlusses auf den Weg zu bringen.*

*Der Landesvorstand ist kein beschlussabarbeitendes Gremium, sondern das Führungsgremium des Landesverbandes. Das braucht Raum. Genauso wichtig ist, dass Basis, Landesweite Zusammenschlüsse, Genoss*innen initiativ sind, konkret an Punkten mitarbeiten, Gewolltes mit Leben füllen. So wollen wir die Arbeit auch strukturieren.*

Dem nächsten Landesparteitag wird eine Übersicht des Standes der Abarbeitung der Beschlusslagen vorgelegt, so dass zum einen transparent wird, was mit Projekten und Ideen geworden ist, woran es möglicherweise hakt und auch der Landesparteitag selbst sich und den Landesvorstand kritisch hinterfragen kann.

Das macht auch notwendig, eingeübte Strukturen und Aufgaben zwischen Kreis- und Landesebene, wie auch an der Schnittstelle zwischen Haupt- und Ehrenamtlichkeit kritisch zu evaluieren und, wo notwendig, neu auszuhandeln und zu bestimmen. Welche Aufgaben sind wesentlich für eine politische Partei? Welchen wollen wir uns künftig in welcher Form zuwenden? Welche insbesondere administrativen

Aufgaben können wir so optimieren, damit Raum für politische Arbeit entsteht? Dazu gehört eine ehrliche Aufgabenkritik, eine Unterstützung der Kreisverbände bei der Vermittlung administrativen und organisatorischen Wissens für die Erfüllung organisationspolitischer Aufgaben und die aktive Teilnahme des Landesverbandes bei möglichen Kompetenzbündelungen in der Partei.

Bis zur Bundestagswahl (so diese planmäßig 2021 stattfindet) haben wir die Aufgabe, erste praktische Ergebnisse vorzuweisen, um unseren sächsischen Beitrag für ein möglichst gutes Wahlergebnis zu leisten.

Grundlagen für ein Handlungskonzept der sächsischen LINKEN
(Quelle: ÄA 1.6.)

1. Kolloquium – was ist 2019 in Sachsen passiert, wo war die LINKE? Und wo steht die Linke?

Es muss eine genaue Analyse der Gesamtsituation und Entwicklungen in Sachsen stattfinden.

Wollen wir Oppositions- oder Regierungspartei sein? Können wir Widersprüche aushalten? Können wir glaubhaft vermitteln, dass wir fähig sind Verantwortung zu übernehmen (Thüringen) und gleichzeitig Oppositionspolitik (Sachsen) betreiben können? Können wir uns für Betroffene von Hartz 4 einsetzen und ebenso aushalten, dieses System nicht abschaffen zu können? Dafür aber auf lokaler Ebene in den Kommunen sehr wohl Gestaltungspotenzial haben bzw. Verantwortung übernehmen? (Mitte-Links-Kooperationen; Bürgermeister*innen) Wie bringen wir glaubhaft zusammen, dass wir in Parlamenten sitzen, parlamentarische Initiativen vorantreiben und dennoch Proteste vorm Landtag anmelden und zusammen mit außerparlamentarischen Bündnissen Kohlegebiete besetzen? Was ist unser Gebrauchswert als DIE LINKE in Sachsen und welche Idee von einem solidarischen Sachsen haben wir?

Gemeinsam mit Mitgliedern, den Landtagsabgeordneten, Politolog*innen, Journalist*innen, Wissenschaftler*innen, Aktivist*innen, Künstler*innen und Akteur*innen der Zivilgesellschaft, wollen wir über das Jahr 2019 reflektieren und fragen: Was waren/sind die Herausforderungen für DIE LINKE und wo steht diese? Und was ist zu tun, um die gesellschaftliche Linke voranzubringen?

Arbeitsauftrag:

Der Landesvorstand wird beauftragt, bis Ende Januar einen Vorschlag für ein erstes Kolloquium zu machen, welches im Februar/März/April stattfinden soll. Es wird live übertragen, um eine breite Beteiligung an der Debatte zu ermöglichen. Er berücksichtigt Vorschläge aus der Mitgliedschaft für Inputgeber*innen und stellt eine umfassende Dokumentation sicher.
In Vorbereitung und zur Auswertung des Kolloquiums sowie der Strategiekonferenz der Bundespartei richtet der Landesvorstand eine Grundsatzkommission ein. Diese soll dauerhaft die Arbeit des Landesverbandes DIE LINKE. Sachsen begleiten.

Themensetzung und Meinungsbildung

Wie schaffen wir Orte und Räume für kritische und konstruktive Auseinandersetzung und wie können wir politische Debatten gestalten? Welche Themen wollen wir setzen, wie entwickeln wir gemeinsame Utopien und Ideen eines solidarischen Zusammenlebens? Dazu gehören auch die Entwicklung stärkerer Beteiligungsprozesse, die Einbindung neuer Mitglieder und ein wertschätzender und produktiver Austausch unterschiedlicher Erfahrungen innerhalb unserer Partei. Die Einbeziehung feministischer Perspektiven ist dafür genauso unabdingbar wie eine Reflexion bestehender Praxis.

Fragen, die sich bisher stellen:

- Wie und wo finden innerparteiliche Auseinandersetzungen statt – muss es mehr Orte für Debatten geben, die nicht in Form von Anträgen auf dem LPT enden?
- Wie viel Kompromissbereitschaft zeigen wir und wo ist es gut, an seinen Ansichten festzuhalten?

- Wer kann überhaupt mitreden und wer nicht? (Stichwort zu wenig weiblichen Strukturen, Ehrenamts-Doppelbelastung und familienunfreundliche Sitzungszeiten etc.)
- Welche Themen setzen wir? Fokussieren wir überhaupt? Und wenn ja, auf was? Ist das überhaupt sinnvoll?
- Wie machen wir unterschiedliche Ansprachen deutlich, verbunden mit dem Anspruch für ein „Gutes Leben für Alle"?
- Was ist denn unsere Idee von gesellschaftlichem Zusammenleben?
- Brauchen wir mehr Utopien? Wie fügt sich das dann aber ein, in tatsächliche (notwendige) „Realpolitik" vor Ort? Müssen wir radikaler werden? Oder viel näher an die Lebenswirklichkeit der Menschen vor Ort? Schließt sich das aus?
- Was heißt für uns demokratischer Sozialismus?
- Welche Rolle spielt die Fraktion? Was erwarten wir vom Parlamentarismus und wo sehen wir Grenzen? Wie denken wir Partei und Fraktion (stärker) zusammen? Wie können wir sowohl Proteste und Bewegung von außen stärken und wann und in welcher Weise müssen wir diese ins Parlament zu führen?
- Würde eine Kontaktstelle soziale Bewegung ähnlich wie die der Bundestagsfraktion Sinn machen? Was müsste/kann diese leisten?
- Wie kann die Partei ihre personellen wie finanziellen Ressourcen nutzen, um zivilgesellschaftliche Bewegungen (z.B. Fridays for Future) in Sachsen zu stärken?
- was bedeutet es, Partei der sozial-ökologischen Transformation zu sein? Wie können wir ein Projekt des politischen und gesellschaftlichen Aufbruchs sein und Erfolgs- und Veränderungsperspektiven jenseits des Parlaments entwickeln und vermitteln?
- Wie verankern wir linke Ansätze in der Gesellschaft und bei uns selbst? Wie formulieren/begründen wir unsere Ideen/Themen?

(Quelle: A1)

2. Mitgliederbeteiligung, Kommunikation nach innen und außen, Debattenkultur

Wir wollen:

- Das Instrument des Mitgliederentscheides zur Einbindung der gesamten Mitgliedschaft bei Abstimmungen und Wahlen verstärkt nutzen.
- Auf Bundesebene mit dazu beitragen, dass Mitgliederentscheide endlich online möglich sein.
- Gemeinsam darauf achten, dass die Debatten- und Streitkultur in unserem Landesverband sich derart gestaltet, dass sie zur Beteiligung motiviert und auch verlorene Abstimmungen kein Kainsmal bei den Unterlegenen hinterlassen.

(Quelle: C 6)
Der Landesvorstand wird beauftragt, ein Kommunikationskonzept für das öffentliche Wirken von Landespartei, parlamentarischen und kommunalen Vertretungen in Zusammenarbeit mit diesen zu erstellen.
Hierbei sollen insbesondere folgende Fragestellungen berücksichtigt werden:
- Wie kann die Öffentlichkeitsarbeit so gestaltet werden, dass sie in den verschiedenen Medien auf aktuelle Situationen reagiert und gleichzeitig über die Arbeit der LINKEN und deren Initiativen verständlich berichtet?
- Welche Konzepte sind möglich und realistisch, um die Linke im öffentlichen Leben wieder sichtbarer und erlebbarer werden zu lassen?
- Wie bekommen wir es hin, dass wir wieder verstärkt Ansprechpartner für die Menschen für ihre Anliegen und Sorgen sind und somit die Themen „auf der Straße" aufnehmen können?
- Wie kann das Wirken der parlamentarischen und kommunalen Vertretungen so öffentlich gemacht werden, dass der Gebrauchswert unserer Partei für den Menschen wieder deutlicher in den Vordergrund gestellt wird?

- Sind unsere Veröffentlichungen, insbesondere Druckerzeugnisse noch zeitgemäß und ansprechend; werden diese überhaupt noch gelesen und welche Reichweite bzw. Wirkung erzielen wir damit oder gibt es modernere kürzere Möglichkeiten?
- Wie kriegen wir es hin, dass die Menschen, die wir vertreten, wieder merken, dass wir uns um sie und ihre Anliegen bemühen?

Die Landtagsfraktion wird gebeten, ihr öffentliches Wirken gleichfalls einer Überprüfung zu unterziehen und dieses aktueller, informativer und ansprechender zu gestalten.

Daher wollen wir:
(Quelle: A 1)

- Konkrete Schritte unternehmen, um zu prüfen, wie bisheriger Aufwand für Printpublikationen gegebenenfalls besser in eine professionellen, digitalen Netzauftritt über die Website des Landesverbandes hinaus eingesetzt werden kann.
- Die Messengerkommunikation im Landesverband stärken und strukturieren.
- Verstärkt das künstlerische und kreative Potenzial in unserer Partei aber auch im zivilgesellschaftlichen Umfeld aktivieren, um unkonventionell und mit einer „Ästhetik des Widerstandes“ im öffentlichen Raum zu wirken.

- Gemeinsam darauf achten, in unseren Publikationen und Redebeiträgen eine Sprache zu verwenden, die unabhängig von Alter und Bildungsweg verstanden werden kann.
- Eine Handreichung entwickeln, die für Amts- und Mandatsträger*innen Vorschläge unterbreitet, wie eine solche Sprache aussehen kann.

- Zentrale Punkte unseres Programms und aktueller Vorschläge für alle Genossinnen und Genossen einfach zusammenfassen und erklären, so dass es allen leichter fällt, unsere Positionen nach außen zu tragen.
- Überlegen, ob und wie wir thematische landesweite Touren auch außerhalb der Wahlkampfzeiten anbieten und durchführen können, um Präsenz vor Ort und eine eigene Themensetzung zu stärken.

(Quelle: C 4)

Der Landesvorstand wird beauftragt, Gedenktage und zu ehrende historische Persönlichkeiten zu benennen, denen sachsenweit – im Einzelfall auch über die Grenzen des Freistaates hinaus – an historischen Orten mit Unterstützung des Landesverbandes gedacht werden sollte. Dies ist jährlich in Zusammenarbeit mit den untergeordneten Parteistrukturen anzupassen, zu unterstützen und, wenn notwendig, zu koordinieren. Den Kreis- und Stadtverbänden sind diese Ereignisse im Vorjahr mitzuteilen.

3. Politische Bildung

(Quelle: C3 und C7) Der Landesvorstand wird beauftragt, schnell und konsequent sowie zielführend Maßnahmen zu erarbeiten und zu beschließen, die geeignet sind, die politische Bildung in der Partei DIE LINKE in besserer Qualität als bisher zu organisieren und diese in allen Stadt- und Kreisverbänden zu gewährleisten.

Umsetzungsvorschläge:

- Es sollen zwei zentrale Bildungswochenenden (Sommerakademie, Herbstakademie des Jugendverbandes) im Jahr stattfinden. Diese sollen vom Landesvorstand bzw. dem Beauftragtenrat der LJ Sachsen organisiert werden und auf Basisorganisationsebene beworben werden

    - Die inhaltliche Ausrichtung der Bildungswochenenden erfolgt in Absprache mit dem Bereich politische Bildung des Bundesverbandes unserer Partei, dem KFS und der RLS Sachsen. Ein genereller Schwerpunkt sollten aber die o.g. Schlüsselqualifikationen darstellen.

- Die Wiederaufnahme des Mentoring-Programms. Dieses kann nur in Kooperation mit den Kreisen und Fraktionen auf verschiedenen Ebenen erfolgen und ist eine Daueraufgabe. Ziel soll die Befähigung von engagierten Genoss*innen und uns nahestehenden Multiplikator*innen vor Ort sein, neue und nachhaltige Strukturen aufzubauen und in die Gesellschaft vor Ort hinein wirken zu können.
  Als Grundlage sollen die „Ergebnisse Sondierungsgespräch Mentoringprogramm am 04.07.2018 dienen. Angesichts der „Stärke der Städte und der Schwäche der Landkreise“ sollen die LK bevorzugt Mentees vorschlagen dürfen.

- Die Institutionalisierung der Rückkopplung von kommunalen Mandatsträger*innen und der Landespartei.
    - hierin soll insbesondere eine Vernetzung und ein Austausch von kommunalen Mandatsträger*innen unserer Partei gefordert werden
    - diese Arbeit sollte durch eine Art Kontaktstelle, mindestens aber einen gemeinsamen Informationsverteiler zu kommunalpolitischen Initiativen und konzertierten Antragen unterstützt werden
    - durch die Bündelung zentraler Anträge soll unser kommunalpolitischer Handlungspielraum ausgeweitet werden, um wichtige landespolitische Forderungen auf die kommunale Ebene zu übersetzen und so in die Kreise und Kommunen zu tragen
- Verpflichtende Weiterbildungen für Mitarbeiter*innenstruktur der Abgeordneten
- möglichst verpflichtende Weiterbildungen für Ehrenamtliche Parteistrukturen (z.B. Schatzmeister*innen, Geschäftsführer*innen,...)

Zur inhaltlich-politischen Arbeit in den Kreisen soll ein Referent*innenpool aufgebaut werden, um es den Gliederungen unserer Partei zu ermöglichen, ohne großen Aufwand öffentliche inhaltliche Veranstaltungen durchzuführen. Diese sollen nach Möglichkeit für die Kreise kostenfrei sein. Die durch den Landesverband angebotenen Themen sollen durch eine Bedarfsabfrage seitens des LV an die Kreise ermittelt werden.
Auch für die Umsetzung braucht es neue Partner*innen: bestehende (externe) Räume sollen aufgesucht werden und neue (vorpolitische) Räume erschlossen werden.

Feste Bausteine könnten vom Landesverband unter Einbeziehung dazu inhaltlich arbeitender landesweiter Zusammenschlusse vorgeschrieben werden, bzw. sich aus den von der Fraktion gesetzten Schwerpunkten ergeben, z.B.:

- Aktuelle Debatten Antifaschismus
- Sozialpolitik Stadt/Land/Bund
- Klimawandel und Migration
- Strukturwandel

Ziel dieser Angebote soll sein, Sprechfähigkeit zu den Themen bei unseren aktiven Genoss*innen herzustellen.

Hierfür gilt es, einige notwendige **Grundlagen** zu schaffen:

<u>Recherchen:</u>

- Linke/Alternative Vereine in Sachsen
    - Arbeitsschwerpunkte
    - Ansprechpartner*innen
    - Unterstützungsbedarfe

▪ → Ziel „einen Fuß in die Tür bekommen“, als Partner*in wahrgenommen werden
▪ Erleichterung: Die Faschos von der AfD stellen systematisch Anfragen zu diesen Strukturen, lassen wir sie für uns arbeiten!

- Institutionen/Strukturen in Sachsen, für die wir eine Partnerin werden können/mit denen wir bestehende Partnerschaften festigen können
  - DGB und Einzelgewerkschaften sowie deren Ortsgruppen
  - Kirchen (vermehrt auf lokaler Ebene, Landeskirchen scheinen ein derzeit zu dickes Brett zu sein)
  - Partner*innen bei Grünen und SPD auf lokaler Ebene, hier wird die Regierungsbeteiligung in den nächsten 5 Jahren mit Sicherheit Unzufriedenheit hervorbringen
  - Umweltverbände
  - Sozialverbände
  - Migrant*innenorganisationen
  - Bildungsträger
  - Stiftungen
  - Kulturvereine

- potentielle Multiplikator*innen vor Ort
- alternative Wohnprojekte
- nicht-kommerzielle Räume

4. Kommunalpolitik
(Quelle: C 2)

A) Der neu gewählte Landesvorstand führt die Arbeitsgruppe „Kommunalwahlen“ unter dem Namen „Kommunalpolitik“ weiter. Dieser sollen neben Mitgliedern des Landesvorstandes auch weitere Parteimitglieder angehören.

B) Diese Arbeitsgruppe wird für das 1. Halbjahr 2020 einen Kommunalkongress für die LINKEN Kommunalpolitiker*innen in Sachsen zur Vernetzung und Weiterbildung organisieren.

C) Gemeinsam mit der Landtagsfraktion, insbesondere dem/der Verantwortlichen für Kommunalpolitik, wird die Arbeitsgruppe ein Konzept erstellen, wie von Landesebene die Kommunalpolitiker*innen vor Ort inhaltlich besser unterstützt werden können. Dieses Konzept wird auf dem Landesparteitag im Herbst 2020 vorgestellt.

D) Die Arbeitsgruppe wird für die in den nächsten Jahren anstehenden (Ober)Bürgermeister*innen- und Landratswahlen den Kreisverbänden inhaltlich unterstützend zur Seite stehen.

5. Arbeit der Zusammenschlüsse (C 5)

DIE LINKE. Sachsen ist eine plurale Partei. Dies drückt sich insbesondere in der Verschiedenheit ihrer Mitgliedschaft, deren Lebenserfahrungen und Lebensplanungen sowie deren unterschiedlichen Interessen aus. Dieses Potential muss zukünftig stärker in die politische Arbeit eigebunden werden. Insbesondere die landesweiten Zusammenschlüsse können einerseits mit ihren Fachkompetenzen die inhaltliche Arbeit der Landespartei als auch die parlamentarische Arbeit der Fraktion bereichern, wenn dies gewünscht wird. Andererseits können die landesweiten Zusammenschlüsse durch stärkeres Wirken und Werben für Sympathisant*innen eine Gastmitgliedschaft wieder bekannter und attraktiver machen.

Die landesweiten Zusammenschlüsse werden gebeten, sich in die dringend zu führende inhaltlich programmatische Diskussion in der Partei einzubringen und hierzu einmal jährlich ein gemeinsames Vorhaben zu organisieren, welches sich mit gesellschaftlichen und parteilichen Fragen beschäftigt (z.B. „Was ist unsere Vorstellung von einem demokratischen Sozialismus“ oder z.B. im Jahr 2020 mit „30 Jahre Einheit – Erfahrungen und Hoffnungen“). Dies sollte nicht nur für inhaltliche Fragen produktiv sein, sondern auch das Verständnis untereinander befördern.

Begründung:

(siehe Vorbemerkung)

Die notwendige Erneuerung der Arbeit unserer Partei wird nur gelingen, wenn sie zur Angelegenheit aller Mitglieder gemacht wird, die sich daran beteiligen wollen.

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____